

West-Ost-Konferenz gesichert

Zunächst Botschaftertreffen in Moskau — WEU gegen Rapacki-Plan

Paris/Washington (ap/dpa). Der Ständige Rat der Nordatlantikpakt-Organisation in Paris hat die Absicht der drei Westmächte gutgeheißen, auf den Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow einzugehen und Botschafterbesprechungen zur Vorbereitung einer Außenminister- und nachfolgenden Gipfelkonferenz schon diese Woche in Moskau beginnen zu lassen.

Den Pariser Gewährsleuten zufolge hatten die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs im NATO-Rat in einer dreistündigen Sitzung die Grundzüge ihrer Antwortnoten auf die Note Chruschtschows mitgeteilt.

In Paris wie in westlichen Kreisen Moskaus wurde jedoch erklärt, daß die Westmächte mit ihrem formalen Entgegenkommen die Forderung verbänden, daß der von Chruschtschow den Botschaftern zugedachte Bereich der Verhandlungen erweitert werden müsse. Es müsse bei den Besprechungen schon sichergestellt werden, daß die Außenminister ihre Vorbereitungsarbeit nicht auf Ort, Termin und Themenkreis einer Konferenz der Regierungschefs beschränken, sondern auch schon hinsichtlich der Themen sachliche Vorarbeit leisten können, damit beurteilt werden kann, ob von einer Gipfelkonferenz konkrete Beschlüsse in wenigstens einigen wichtigen Fragen der Weltpolitik zu gewärtigen seien.

Der amerikanische Außenminister Dulles äußerte vor rund 200 Mitgliedern des Internationalen Presse-Instituts, es sei möglich, daß mit den vorbereitenden Besprechungen für eine Gipfelkonferenz der Regierungschefs der Westmächte und der Sowjetunion „innerhalb weniger Tage begonnen“ werde.

Eine ausgedehnte Vorarbeit sei zur Erarbeitung einer soliden Grundlage für eine derartige Konferenz dringend geboten. Dulles sagte, es sei „völlig illusorisch“ zu glauben, die führenden Staatsmänner der Welt könnten sich an den Tisch setzen und Entscheidungen von Belang treffen, wenn nicht eine einzelne gehende Prüfung

Gegenüberstehende Fronten

Die Sowjetunion und die Westmächte sind zwar einig darüber, daß eine Gipfelkonferenz stattfinden soll, aber die Vorstellungen über eine solche Konferenz und den Weg zu ihr gehen noch recht weit auseinander. Hier sind die Standpunkte tabellarisch gegenübergestellt:

Botschafter-Vorbesprechungen

Sowjetunion: Sollen am 17. April beginnen und nur Zeit, Ort und Teilnehmerkreis einer Konferenz der Außenminister festlegen.

Westmächte: Können am 14. 4. beginnen. Botschafter sollen auch schon politische Fragen erörtern, einschließlich Klärung der Tagesordnung für die Gipfelkonferenz.

Außenminister-Vorkonferenz

Sowjetunion: Soll spätestens Mitte Mai stattfinden. Soll nur Zeit, Ort und Teilnehmerkreis der Konferenz der Regierungschefs festlegen.

Westmächte: Einverstan-

der Probleme auf niedriger Ebene vorausgegangen sei.

Gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten und der britischen Labour-Vertreter lehnte der Verteidigungsausschuß der Versammlung der Westeuropäischen Union den Entspannungsplan des polnischen Außenministers Rapacki am Montagabend mit elf gegen vier Stimmen ab. In dem Bericht des holländischen Sozialisten Goedhard, der der Entschließung des Ausschusses zugrunde lag, wurde der Rapacki-Plan als „politische Falle“ der Sowjetunion bezeichnet.

den mit baldiger Einberufung. Außenminister sollen aber auch schon Verhandlungsvollmacht für Themen der Gipfelkonferenz haben und „Bereiche möglicher Einigung“ der Regierungschefs abstecken.

Die Gipfelkonferenz

Sowjetunion: Soll mit oder ohne erfolgreiche Vorarbeit auf jeden Fall stattfinden. Zeit: Sommer. Ort: nach Belieben des US-Präsidenten — auch USA. Teilnehmerkreis: gleichviel kommunistische und westliche, dazu einige neutrale Regierungschefs.

Westmächte: Soll nur stattfinden, wenn Vorarbeit auf Einigung der Regierungschefs in wenigstens einigen Fragen hoffen läßt. Zeit: kaum vor Oktober. Ort: neutral, Genf bevorzugt, Kanada oder Schweden möglich. Teilnehmerkreis: Regierungschefs der drei Westmächte und der Sowjetunion, eventuell noch einige Neutrale.

Wer hätte keine Angst...

K. W. B. „Berlin kann nicht schweigen, wenn um die Schicksalsfrage unseres Volkes gerungen wird“: Dieser Satz ist so richtig und so bestimmt wie alle Politik, die in zwölf Jahren hier in Berlin für Berlin und das ganze Deutschland getrieben worden ist. Er bekommt sein erklärendes Gewicht durch die weitere Feststellung: „Wir vertrauen auf die Sicherheitsgarantien für Berlin und wissen uns frei von jeder Neigung zur Panik. Wir wollen keine einseitige Schwächung, die Friede und Freiheit bedrohen würde.“ Trotz dieser klaren politischen Grundvorstellungen aber leiten diese Sätze einen „Appell“ ein, mit dem sich ein „Berliner Arbeitsausschuß gegen den Atomtod“ in eine Aktion einreicht, die der „einseitigen Schwächung“ Deutschlands und damit Berlins bewußt oder unbewußt das Wort redet. Es ist bedenklich, daß zu diesem Arbeitsausschuß derselbe Regierende Bürgermeister Brandt auch seine Unterschrift leistet, der erst vor ein paar Wochen in Amerika den Amerikanern gesagt hat: „Der Sprecher des freien Berlin wäre schlecht beraten, wenn er irgendeiner Sache zustimme, die die Position des Westens schwächen müßte.“ Jeder Regierende Bürgermeister dieser Stadt hat bisher noch mehr als die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik das enge Vertrauensverhältnis zu honorieren gewußt, das die westliche Sicherheit mit der Freiheit Berlins verbindet.

Aber wir müssen wohl gerade in der Konstituierung auch des „Berliner Arbeitsausschusses gegen den Atomtod“ erkennen, wie sehr diese Aktionsentwicklung in Deutschland unser politisches Denken und leider auch viele nüchterne Überlegungen aus den Fugen reißt. Wir sehen Männer mit gutem Ruf und außerordentlichem Namen unter dem Berliner Aufruf und unter den Aufrufen in den deutschen Bundesländern, sehen Schau-

spieler und Essayisten, Regisseure und Professoren, bekannte Pazifisten und herzlich unpolitische Wissenschaftler, Jugendführer und Theologen, und zu ihnen allen gesellt und von ihnen geführt die bekannten Politiker der Opposition Aufrufe, Manifeste, Appelle und Wunschschilderungen unterschreiben, in denen vor den Gefahren der Atomwaffen, vor der Ausrüstung mit atomhaltigen Waffen gewarnt wird. Jedermann in dieser Zeit, in diesem Volke, aber auch in jeder anderen zivilisierten Gesellschaft könnte solche Aufrufe unterschreiben. Jedermann müßte sich sogar zu ihrem Inhalt bekennen; denn wer fürchtet nicht die unheimliche Gewalt der atomaren Kräfte, wer wollte nicht den „Atomtod“ aus unserer menschlichen Vorstellung gebannt wissen?

*

In Deutschland haben sich verschiedene Meinungen darüber gebildet, wie man der Atomgefahr, die durch das Vorhandensein von sehr weit fortgeschrittenen Atomrüstungen in Ost und West sehr gegenwärtig ist, am zweckmäßigsten und denkbar wirkungsvollsten vorbeugend begegnen kann. Wenn die sozialdemokratische Opposition sich jetzt der atomaren Nachrüstung heftig widersetzt, die einmal in zwei Jahren Tatsache werden könnte, so ist das ihr gutes Recht. Auch der Aufruf auf Plakaten, der Demonstrationszug, die Kundgebung — und welches Propagandamittel sie immer für ihre Meinung über ihr Nein zur atomaren Rüstung nützen mag, haben ihre Legitimität. Nicht aber das Verwischen der politischen Meinung mit keineswegs zutreffenden, menschlichen Vorurteilen und politischen Halbwahrheiten. Die Propaganda gegen die atomaren Waffen, die es einmal geben könnte, bedient sich wachsend eines unwahrscheinlichen Freund-Feind-Schemas, durch das der Teil der Bevölkerung, der sich schweren Herzens, aber mit Verantwortung für die moderne Ausrüstung der deutschen und europäischen Sicherheitsstruppen erklärt, als Totengräber des eigenen Volkes und jedes einzelnen in ihm diffamiert werden soll.

Es ist alarmierend, daß die

große Oppositionspartei, die soviel dazu beigetragen hat, in der Bundesrepublik Deutschland solide demokratische Meinungsbildung und -arbeit zu entwickeln, jetzt auf die Straße gehen will. Wir haben schreckliche Erfahrungen, wohn die Mobilisierung der Empfindungen, der halbpolitischen Gefühle und Instinkte führen kann, und wohn sie geführt hat. Die große Leistung der deutschen Nachkriegsdemokratie ist es, daß sie aus den Fronten von Weltanschauungen herausgefunden hat und in den Kampf der sachlichen Meinungen eingetreten ist. Der Kampf gegen die atomare Bedrohung ist — so sollte doch eingesehen werden — viel zu lebensentscheidend, als daß er im kleinen Raum der nationalen Möglichkeiten eines noch dazu geteilten Deutschland ausgefochten werden könnte. Wer erkennen kann, daß hier die europäische Aufgabe unserer Zeit überhaupt gestellt ist, der müßte vor allem einsehen, welchen Schaden er sich und den Seinen zufügt, wenn er bei dieser elementaren Auseinandersetzung seine so junge und noch keineswegs gefestigte Demokratie aufs Spiel setzt.

Man möchte die Leidenschaften zurückrufen, zu denen die Atom-Unruhe verführt. Man möchte den Initiatoren der Befragungen und Kundgebungen sagen, die Beunruhigung um die atomaren Gefahren verlange mehr noch als vieles andere die verantwortliche Aufklärung und das deutliche Wort an die Bevölkerung. Nicht die geschürte Erregung schafft den Schutz, nach dem wir alle rufen, sondern die gemeinsame, kraftvolle Anstrengung nach der gemeinsamen Überlegung. Niemals mehr als gegenüber den atomaren Gefahren ist die Gemeinsamkeit einer Politik notwendig gewesen. Es ist bedauerlich, daß die SPD bei diesen Überlegungen heute die Koalitionsparteien allein läßt. Die Instinkte haben noch keinen Staat konsolidiert oder gekräftigt. Hüten wir uns davor, das Provisorium Bundesrepublik, das den künftigen deutschen Einheitsstaat bisher so tatkräftig und gesund vorbereitete, durch „Bewegungen“ schwach und anfällig zu machen.

„Keiner will den Atomtod“

Aufruf des Landesverbandes Berlin der CDU

Berlin (Eig. Ber.). Der Berliner Landesverband der CDU hat sich mit einem Aufruf gegen den „Arbeitsausschuß gegen den Atomtod“ gewandt. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Der von der SPD organisierte ‚Arbeitsausschuß gegen den Atomtod‘ unterstellt, daß irgend jemand für den Atomtod sei. Kein Deutscher ist für den Atomtod! Bundestag und Bundesregierung wollen Frieden und Freiheit erhalten und jeden Krieg — auch den Atomkrieg — verhindern. Sie fordern eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung der atomaren und der üblichen Waffen im Interesse des Friedens der Menschheit.

Die Sicherheit Deutschlands und Berlins beruht — wie in den Monaten der Blockade — auf der Abwehrbereitschaft der mit der Bundesrepublik verbündeten westlichen Welt. Wenn wir von ihr Schutz und Sicherheit erwarten, müssen wir ihr die gleiche Bewaffnung zubilligen, über die ein möglicher Angreifer bereits verfügt.

In Berlin hat der Appell an die Angst noch nie Erfolg gehabt. Die Berliner wissen genau, woher ihnen wirklich Gefahr droht. Wessen Geschäfte mit der Atomangst — gewollt oder ungewollt — besorgt werden, zeigt der Beifall der Kommunisten.

Vor wenigen Wochen erklärte der Regierende Bürgermeister Willy Brandt in den USA: ‚Der Bürgermeister des freien Berlin würde ein sehr unweiser Mann sein, wenn er etwas befürwortete, was die westliche Stellung in Europa schwächen könnte.‘ Und was tut er jetzt! Die Berliner CDU bedauert, daß er sich an die Spitze dieser Aktion stellt, die der Sache Berlins nur schaden kann.

Die Berliner CDU macht das nicht mit. Denn Berlin weiß:

Sicherheit wird nicht dadurch erreicht, daß den Schutzmächten Berlins die notwendigen Verteidigungsmittel auf deutschem Boden genommen werden. Sicherheit wird auch nicht

dadurch erreicht, daß einseitig auf Atomwaffen verzichtet wird. Es gibt nur eine Sicherheit: Zusammenhalten! Dafür steht die CDU.“

Geheime Atomexplosion?

New York (dpa). Eine britische Atomexplosion im letzten Jahr soll unentdeckt geblieben sein. Dies berichtet der Leitartikler Robert S. Allen in der „New York Post“. Großbritannien habe bei seinen Versuchen im Südpazifik in 12 000 Meter Höhe eine kleine Atombombe zur Explosion gebracht, und die Explosion habe in einiger Entfernung von dem Versuchsort nicht mehr registriert werden können. Der Versuch sei durchgeführt worden, um zu beweisen, daß bestimmte Atomwaffenversuche geheimgehalten werden können.

Saar-Verhandlungen

R. Paris (Eigenbericht). Am Dienstag begannen in Paris die Verhandlungen über eine teilweise Änderung des Saarvertrages. Bonn hat sich die Forderung der Saarregierung im sog. Schneider-Plan zu eigen gemacht, der eine Erhöhung der deutschen Lieferungen nach der Saar für 1958 um 200 Millionen DM verlangt.

Gefängnis für Grenzgänger

Lohnumtausch wurde als „Währungsvergehen“ bestraft

Berlin (dpa). „Wer dem Arbeiter- und Bauernstaat durch seine Arbeitskraft nichts gibt, ist ein den sozialistischen Aufbau schädigendes Element und muß bestraft werden.“ Mit diesem Argument verurteilte das Kreisgericht Seelow in der Sowjetzone nach einer Meldung des Informationsbüros West einen Fleischergesellen zu 18 Monaten Gefängnis. Er hatte sich angeblich als „Grenzgän-

Italien im Wahlkampf

Rom (dpa). Die Kommunistische Partei Italiens wird nicht wie die anderen Parteien Wahlpropaganda über den Rundfunk treiben dürfen. Diese Entscheidung traf Ministerpräsident Zoli, nachdem bisher alle Bemühungen der italienischen Regierung, die Einstellung der Einmischung osteuropäischer Sender in den italienischen Wahlkampf zu erreichen, ohne Erfolg geblieben sind.

„Mißerfolg der SED-Agitation“

Berlin (dpa). Den bisher größten Mißerfolg für die SED sagte Staatssekretär Franz Thedieck vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen dem gleichzeitig größten Versuch voraus, die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik, besonders um die Atombewaffnung, zu beeinflussen. In einer Rundfunkansprache erklärte Thedieck, dem agitatorischen Massenaufwand der SED und ihrer Hilfsorganisationen, besonders des FDGB, entspreche ein bislang beispielloser Einsatz von Agenten, Instruktoren und illegalem Agitationsmaterial. Ungezählte aus der Arbeiterschaft der Zone durch Normenerhöhungen, Sonderschichten und FDGB-Solidaritätsmarken herausgepreßte Millionen, fuhr Thedieck fort, würden dafür verwendet. Die erstrebte „Aktionseinheit mit der SPD und dem DGB“ bleibt nach Thediecks Meinung jedoch ein unerfüllbarer Wunschtraum.

ger“ gegen das „Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Zahlungsverkehrs“ vergangen, indem er den Westmark-Anteil seines Lohnes in Westberlin in Ostmark umgetauscht und das Geld „illegal in die DDR“ einführte. Außerdem soll er in Westberlin ein Sparkonto eingerichtet und damit gegen die Devisen-Anmeldebestimmungen in der Sowjetzone verstoßen haben.

SED-Funktionäre mästen sich

470 Millionen Ostmark für Personal der Organisationen

Berlin (ap). Ein Heer von rund 70 000 hauptamtlichen Funktionären wird in der Sowjetzone jährlich mit über 470 Millionen Ostmark bezahlt. Dies geht aus einem Bericht des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“ hervor. Die Hauptmacht der besetzten Funktionäre und Angestellten der verschiedenen kommunistischen Apparate stellen die SED mit etwa 35 000 und der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ mit etwa 20 000 Kräften. Die SED benötigt allein für die Gehälter des Apparates 250 Millionen Ostmark jährlich.

Dagegen kann die von der SED gelenkte Staatsjugendorganisation FDJ die jährlich für ihre 7500 Funktionäre und Angestellten benötigten 40 Millionen Ostmark nicht allein aufbringen. Sie werden aus dem Staatshaushalt und, soweit sie in der „volkseigenen Wirtschaft“ tätig sind, aus den Erträgen der Betriebe finanziert.

Je 1200 hauptamtliche Funktionäre erledigen die Arbeit der „Gesellschaft für deutsche-sowjetische Freundschaft“, der atheistischen „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“

und der „Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“. An Funktionärsgelägern verbrauchen diese Organisationen jährlich 7,3, 8,6 und 7,8 Millionen Ostmark, die voll und ganz aus dem Staatshaushalt entnommen werden. Hinzu kommen noch die 4425 Funktionäre des „Deutschen Friedensrates“, des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands“, der vormilitärischen

„Gesellschaft für Sport und Technik“ und des „Deutschen Kulturbundes“, die zusammen jährlich über 29,7 Millionen Ostmark verschlingen.

Die Apparatschiks der militärischen Streitkräfte, der Polizei und des Staatssicherheitsdienstes sowie die Funktionäre der staatlich subventionierten Sportorganisationen und des aufgeblähten Staats- und Verwaltungsapparates sind in der Zusammenstellung der Freien Juristen unberücksichtigt geblieben.

Jugendliche reisen billiger

Bundesbahn nahm kombinierten Reiseverkehr auf

T. Berlin (Eigenbericht). Wesentlich billiger, schneller und bequemer können Schüler und Jugendliche reisen, wenn sie in diesem Sommer in Gruppen nach Westdeutschland fahren. Am 1. April hat die Deutsche Bundesbahn einen kombinierten Reiseverkehr für Gruppenfahrten von Westberliner Schülern und Jugendlichen aufgenommen.

Für den kombinierten Reiseverkehr zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet sind vier Übergangsbahnhöfe, und zwar Hamburg, Hannover, Goslar und Hof vorgesehen. Die stark ermäßigten Preise für Schüler- und Jugendgruppen liegen noch erheblich unter den bisherigen Sondertarifen der Bundesbahn und der Omnibusunternehmen. Die Gruppen haben, wenn sie sich für den kombinierten Verkehr entschließen, die Gewähr für einen Sitzplatz im Bus und auf allen Bahnstrecken des Bundesgebietes. Ein Fahrplan garantiert, daß die vorgesehenen Abfahrts- und Ankunftszeiten und die Anschlusskette eingehalten werden können.

Während des ganzen Jahres können Schüler und Jugendliche bis zu 21 Jahren sowie Studenten mit dem kombinierten Verkehr reisen, wenn sie in Gruppen fahren, die bei Schülern mindestens zehn Personen und

eine Begleitperson, bei Jugendlichen mindestens 20 Personen und eine Begleitperson betragen müssen. Die Fahrten müssen drei Wochen vorher bei der Kinderfahrt-Leitstelle des Hilfswerkes Berlin am Fehrbelliner Platz 3, oder — für Schüler — bei dem hierfür zuständigen Reisebüro Mars angemeldet werden. Vom kombinierten Verkehr kann auch bei Auslandsreisen bis zur deutschen Grenzstation Gebrauch gemacht werden. Die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt ab Berlin betragen z. B. nach Basel 57,10 DM, Frankfurt 37,90 DM, Hannover und Hamburg je 17,70 DM, Köln 36,30 DM, München 37,80 DM, Nürnberg 29,80 DM und Stuttgart 49,10 DM.

Billigere Butter gefordert

London (ap). Buttererzeuger aus zehn Ländern, die in London zu Beratungen über Möglichkeiten zur Beseitigung der Butterschwemme zusammengelassen sind, appellierten an die Regierungen und Absatzorganisationen ihrer Länder, eine intensive Butterwerbung einzuleiten und Maßnahmen zur Verringerung der Preisspanne zwischen Butter und Margarine zu treffen. Die Empfehlungen sind unterzeichnet von Vertretern aus Australien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Holland, Neuseeland, Norwegen, Schweden und Großbritannien.

Osten gegen Entlastungszüge

Frankfurt a. M. (dpa). Wegen des Rückgangs des Interzonenverkehrs hat es die Sowjetzonen-Eisenbahn für das Fahrplanjahr 1958/59 mit zwei Ausnahmen abgelehnt, die in den Spitzenverkehrszeiten vom 1. Juni bis 14. September und für den Osterverkehr vorgesehenen Entlastungszüge fahren zu lassen. Das teilte die Hauptverwaltung der Bundesbahn am Dienstag in Frankfurt mit. Es werden jetzt nur noch 16 Zugpaare täglich im Interzonenverkehr eingesetzt.

Gefährlicher geistiger Schwarzmarkt

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

A. B. Berlin (Eigenbericht). In zahlreichen Gesprächen bestätigten unsere Landsleute aus Mitteldeutschland während der Osterfeiertage, daß viele von ihnen unter dem sogenannten „Aufbau des Sozialismus“ leiden. Die Entwicklung zu einem artfremden System und die Aufzucht unerwünschter Lebensformen belasten den Alltag zwischen Elbe und Oder.

ROSTOCK

Kampf den Konterrevolutionären. An der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Rostock lautet die Parole nicht mehr „Kampf den Revisionisten und Objektivisten“, sondern „Kampf den Konterrevolutionären“. Girnus erklärte, man müsse nicht nur einen klaren Blick nach vorn haben, sondern vor allem einen klaren Blick nach hinten. Im Zuge einer systematischen Säuberung werden an der Universität Rostock alle untragbaren Elemente als Klassenfeinde bezeichnet. Dozenten und Assistenten, die sich weigern, ihre Ergebnisse gegenüber dem Arbeiter- und Bauerstaat zu bekunden, müssen die Universität verlassen. Mit Bedauern wird beobachtet, daß Professoren der Sozialisierung der Universität zustimmen und die Freiheit der Lehre ziemlich kampfflos aufgeben.

Vorbereitungen für Ostsee-woche. In den Großbetrieben Rostocks wird die vom 5. bis 13. Juli stattfindende Ostsee-woche vorbereitet. Ein Kampfklub zum Bau des Überseehafens Rostock soll entstehen. Tanzensembles spielen für die Aufbauhelfer. Das Aufbaukomitee stiftete eine Aufbauadel für den Überseehafen. Wer 24 freiwillige Aufbaustunden leistet und deren Erlös auf das Hafenkonto einzahlt, erhält diese Aufbauadel. Auch eine

Arbeiterkonferenz, an der Hafendarbeiter und Seeleute aller Anliegerstaaten teilnehmen, soll während der Ostseewoche stattfinden. Im Kreiskomitee der „Ostseewoche“ in Rostock stellte der Sekretär Schulke fest, daß selbst alte Kommunisten ziemlich lustlos seien, an diesem Rummel teilzunehmen. „Wenn man den Teilnehmern nicht eine Regatta, Fußball-Länderspiele und ein reichhaltiges unpolitisches Festprogramm bietet“, erklärte Schulke, „dann können wir nur ein paar Tausend FDJler auf die Beine bringen, die die bereitgestellten Bockwürste verzehren.“

LEUNA

Skeptische Aufnahme der Arbeitseinsatzkommandos.

Die Studenten der Martin-Luther-Universität, die während der Osterferien in den Leunawerken einen Pflichteinsatz absolvierten, wurden sehr zurückhaltend aufgenommen. Einige, die Arbeiter über den Sozialismus belehren wollten, bekamen vom Brigadier die schweren Arbeiten zugewiesen. Ihr Lohnanteil war eine Visitenkarte ihrer Unbeliebtheit. Wer auf den Staat schimpfte und die SED-Bonzen ablehnte, fand schnell Vertrauen. Abends in der Kantine sangen Studenten und Arbeiter sogar das Lied: „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wiederhaben...“ Der Jux kam an. Die politische Agitation wurde verspottet.

Wo bleibt die Diskussion um die 45-Stunden-Woche? Merkwürdig still ist es in den Leunawerken um die 45-Stunden-Woche geworden. Bis 1960 sollte ursprünglich die 40-Stunden-Woche eingeführt werden. Man spricht nur noch von Planerfüllung und Erhöhung der Arbeitsnormen. Ein Lohnausgleich

für die gekürzte Arbeitszeit steht nicht zur Debatte. Viele Leunawerker sind der Ansicht: „Die halbe Stunde, die wir täglich weniger arbeiten, stehen wir beim Konsum oder vor der Kantine nach Zigaretten oder Nähgarn an.“

STRALSUND

Besondere Klagen werden in Stralsund über eine neue Art des Schwarzmarktes geführt. Die Romanhefte aus der Bundesrepublik werden als „geistige Konterbande“ bezeichnet. Es gäbe viele Einschleuser von Groschenheften. Es handele sich um Liebesromane, die nach Angaben der SED-Parteileitung der Volkswerft Stralsund, „von Westdeutschland in die DDR eingeschmuggelt werden, um die Arbeiter vom politischen Kampf abzuhalten und sie einzuschläfern“. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß bei auftretenden Wartezeiten in den volkseigenen Betrieben der Zone von vielen Männern und Frauen, Knaben und Mädchen haufenweise Westschmöker gelesen werden und in den Köpfen der Leser Verwirrung stiften. In diesen Groschenheften, die in der Zone gelesen werden, würde die soziale Frage auf eine gemeine Art gelöst. Der reiche Baron heiratete die arme Stenotypistin. Das sei eine widerliche Propaganda der Klassenfeinde, die Klassenharmonie verkünden. Das sei geistiger Selbstmord, der in der Endkonsequenz zur physischen Vernichtung führt. Dieser geistige Schwarzmarkt sei außerordentlich gefährlich.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

„Rebelliönchen“ in Spanien

Die Frau ist motorisiert — Keine Katzen mehr auf den Theken

S. Madrid (Eigenbericht). Abgesehen von der Tatsache, daß es vor kurzem tatsächlich eine kleine politische Rebellion Jugendlicher in Spanien gab, die jedoch sehr rasch und mit 44 Verhaftungen ihr Ende gefunden hat, „rebelliert“ es schon seit geraumer Zeit an allen Ecken Spaniens. Allerdings haben diese „Rebelliönchen“, die sich gegen reichlich veraltete, bisweilen sogar ziemlich mittelalterlich anmutende Einrichtungen und Gewohnheiten richten, mit Politik nicht das geringste zu tun. Sie sind vielmehr ein Zeichen dafür, daß die Auswirkungen unserer modernen Zeit sich auch im Lande jenseits der Pyrenäen in zunehmendem Maße bemerkbar machen.

Dem Reisenden, der heute nach Spanien kommt, fällt als erstes auf, daß neben den hohen, pompös-altmodischen Eisenbahnen sehr moderne Dieselmotoren über die wichtigsten Strecken des Landes rollen. Er bemerkt in den Städten neue Autos, die die vorsintflutlichen, qualmenden und stinkenden Vehikel, ohne die man sich eine spanische Straße kaum vorstellen konnte, mehr und mehr verdrängen. Überhaupt ist der Verkehr in Spanien enorm und stellt den Stadtvätern nicht gerade leicht zu lösende Probleme.

Ein absolutes Novum für Spanien aber ist die Frau als motorisierte Verkehrsteilnehmerin. Zögernd zwar noch, aber keineswegs zu übersehen, fährt sie ihr Fahrrad, ihr Moped, ihre Vespa oder sitzt gelegentlich sogar am Steuer eines kleinen Wagens. Kaum eine andere Erscheinung kann die „Rebellion“ in Spanien besser illustrieren als die motorisierte Frau, die in diesem Lande bis in die jüngste Zeit nie etwas anderes war als Hausfrau und Mutter.

Aber auch die Geschäftsleute sind von einem geradezu revolutionären Geist erfüllt. Mit einem Eifer, der erstaunen läßt, rücken sie der atemberaubenden, verstaubten Atmosphäre ihrer Warenlager, die in vielen Fällen orientalischen Basaren glichen, zu Leibe. Helle und freundliche Verkaufslöcher entstehen, und in den Damenwäsche-Geschäften, in denen bis jetzt fast ausschließlich düster dreinblickende Verkäufer Büstenhalter und Hüftgürtel der weiblichen Kundschaft offerierten, erscheinen in zunehmendem Maße junge Mädchen, die größeres Verständnis für die Wünsche wohlbeleibter Damen haben.

Wo hätte man vor wenigen Jahren noch andere als spanische Lebensmittel kaufen können? Nirgends! Heute gibt es indessen

in modernen Geschäften — die vor Sauberkeit nur so blitzen und in denen die Katze endgültig von der Theke verbannt ist — die unterschiedlichsten pikanten Erzeugnisse anderer Länder. Daneben haben ausländische Gastronomen ihre Lokale geöffnet, in denen bei französischen, österreichischen und schwedischen Spezialitäten Einheimische und Fremde sich von der Monotonie spanischer „Steaks“ erholen.

Aber man ißt nicht nur abwechslungsreicher in Spanien, man kann auch — wenn man das will — die spanische Bar, die noch immer das Dorado des Mannes ist, vermeiden. Es gibt stets mehr Cafés nach europäischem Muster, Cafeterias amerikanischer Art, und in beiden sitzt die spanische Frau ohne männliche Begleitung, ja,

ohne jede Begleitung überhaupt. Sie trinkt dort ihren Kaffee oder ihren Cocktail, als könne sie gar nichts anderes, obgleich sie noch vor wenigen Jahren selbst im Traume nicht an eine solche Freiheit gedacht hätte.

Aber so geht es mit den „Rebelliönchen“. Einmal im Rollen, sind sie wie Lawinen, nicht mehr aufzuhalten, reißen alle veralteten Vorstellungen mit sich, um Platz zu schaffen für die Verwirklichung moderner Ideen. Und wenn in Spanien in dieser Richtung auch noch eine ganze Menge zu tun bleibt, so darf man doch überzeugt sein, daß der Tag kommen wird, an dem die Frau selbstverständliche und geachtete Mitarbeiterin an allen sozialen und wirtschaftlichen Problemen dieses Landes ist.



Der Belgier Joseph Vervest holte sich im überlegenem Stil die Europameisterschaft im Billard in der Schöneberger Sporthalle.

Atom-Einsatz nur als Vergeltung

Gutachten über die Verwendung von Kernwaffen

Kiel (dpa). Aus völkerrechtlichen Gründen ist die Verwendung von Atomwaffen — auch durch deutsche Streitkräfte — nur als Antwort auf einen tatsächlichen Angriff erlaubt. Zu dieser Schlußfolgerung kommt Professor Dr. jur. Eberhard Menzel vom Institut für internationales Recht an der Kieler Universität in dem Gutachten über Atomwaffen, das das Institut im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums im Zusammenhang mit einer „Bestandsaufnahme“ über das gegenwärtig geltende Kriegsrecht ausgearbeitet hat.

Vom Völkerrecht könne, heißt es in dem Gutachten, auch das Organisationsrecht der Westeuropäischen Union (WEU) und das NATO-System nicht entbinden. Es gebe nur einen zulässigen Ausnahmefall: die represalienmäßige Beantwortung eines Atomangriffs durch den Gegner. Diese Ausnahme schränkte Professor Menzel am Montag vor Pressevertretern in Kiel mit der Bemerkung ein, daß dieser Angriff „tatsächlich passiert“ sein müsse. Bei der schweren Verantwortung, die die Auslösung eines atomaren Vergeltungsschlages in sich berge, dürfen nicht nur Angriffsvermutungen oder Ra-

darschirmbeobachtungen über einfliegende Flugzeuge entscheidend sein. „Die Verantwortung für eine durch diesen Sachverhalt nicht gedeckte und damit unzulässige Anwendung der Atomwaffen trifft sowohl den Staat als solchen wie auch die daran beteiligten Einzelpersonen“, heißt es in dem 170 Seiten starken Gutachten mit seinen 221 Anmerkungen.

Atomwaffen-Kauf nicht verboten

Aus den internationalen Verträgen geht nach Auffassung des Kieler Völkerrechtlers hervor, daß der Bundesrepublik die Herstellung atomarer Waffen verboten ist. Dieses „absolute Verbot“ könne auch nicht durch eine Erklärung der WEU durchbrochen, sondern nur durch die Änderung der Pariser Verträge aufgehoben oder abgewandelt werden, der alle NATO-Partner zuzustimmen haben. Die Verträge sagten jedoch nichts über den Besitz von Atomwaffen und die Ausrüstung fremder Streitkräfte auf deutschem Gebiet aus. Die Pariser Verträge enthielten auch kein Verbot für den Kauf von Atomwaffen. Es gebe ferner keine rechtliche Handhabe, ausländische Streitkräfte in Deutschland

an der Ausrüstung mit atomaren Waffen zu hindern. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit ausländischen Atomwaffen sei zwar rechtlich möglich, bedürfe aber der Zustimmung der WEU-Partner, da die Westeuropäische Union „die obere Grenze unserer Rüstung nach Qualität und Quantität“ bestimmt. Sie sei damit in gewissem Umfang von der politischen Planung der NATO-Staaten abhängig. Die Ausbildung der Bundeswehr an Atomwaffen im In- und Ausland ist nach der Zusammenstellung von Professor Menzel zulässig.

Luftstreitkräfte verstärkt

New York (ap). Die Vereinigten Staaten verstärken zur Zeit ihre Luftstreitkräfte in Europa. Die Verstärkung gilt vor allem der Luftverteidigung jener Gebiete, die bisher der britischen Luftwaffe zugewiesen waren,

Keine Spaltungsgefahr

Berlin (epd). Die Vertreter aller Evangelischen Landeskirchen aus Ost und West sehen im Gegensatz zu den kirchlichen Bruderschaften in der Frage der Atomrüstung keine Spaltungsgefahr für die Evangelische Kirche in Deutschland. Man hält daran fest, daß die Gemeinsamkeit im Glauben verschiedene Auffassungen auch in der Atomfrage zuläßt. Dies verlautet von unterrichteter Seite über die Kirchenkonferenz der EKD, die sich in ihrer letzten Sitzung in Berlin eingehend mit der gesamtkirchlichen Lage beschäftigt.

Die kirchlichen Bruderschaften hatten in einer Anfrage an die Mitglieder der Gesamtdeutschen Synode den Standpunkt vertreten, daß sich ein Christ „ohne Rücksicht auf alle anderen Erwägungen“ einer Atomrüstung widersetzen müsse.

Wieder mehr Flüchtlinge

Berlin (dpa). Die Zahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone ist in der Osterwoche sprunghaft in die Höhe geschneilt. Vom Montag bis Sonnabend meldeten sich 2519 Flüchtlinge, In der Vorwoche waren es 1560.

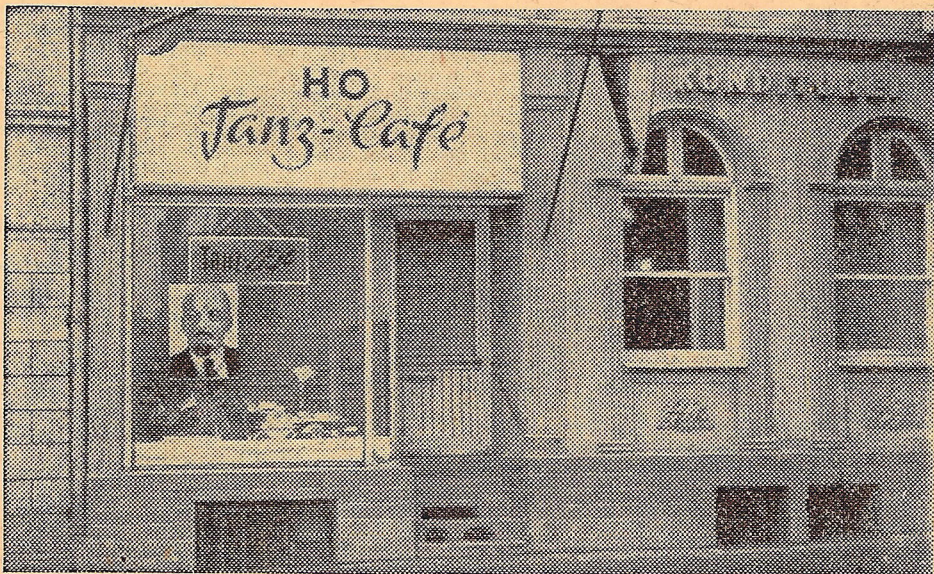
Taucher zur „Andrea Doria“

Das Wrack soll gehoben werden

New York (ap). Erprobte Tiefsettaucher aus aller Welt werden vermutlich in der zweiten Maihälfte die ersten Erkundungen am Wrack des im Juli 1956 nach einer Kollision gesunkenen italienischen Passagierschiffes „Andrea Doria“ (29 083 Tonnen) anstellen, das man möglicherweise heben will. Auch Taucher aus Deutschland beteiligen sich an der Aktion, die jedem der Männer 3000 Dollar (12 600 DM) einbringen soll. Es handelt sich um ein besonders wagemutiges Unternehmen, weil das Wrack etwa 75 Meter

tief liegt und umfangreiche Taucharbeit in einem Gesamtzeitraum von schätzungsweise zwei Jahren geleistet werden muß. Vor allem sind auch besondere Abwehrmaßnahmen gegen Haie zu ergreifen. Die Frage der Besitzrechte an dem Wrack ist inzwischen noch umstritten. Es wird jedoch von italienischer Seite betont, daß das Schiff außerhalb von Territorialgewässern — 50 Meilen vor der amerikanischen Ostküste — liege und seine Bergung daher jedem freistehe.

Die letzte Woche in Bildern



Lenins „Aufforderung zum Tanz“. Während der Verabschiedung sowjetischer Truppen in Schwerin konnten westliche Journalisten dieses Idyll betrachten. — Unten: In den Westberliner Ausflugslokalen war schon am frühen Nachmittag des letzten Sonntags kein Platz mehr zu bekommen.

